

Grundwissen Sozialkunde

Das Grundgesetz

- Ewigkeitsklausel: Laut **Art. 79, Abs. 3 GG** sind die Artikel **1 und 20 GG** unveränderlich, d.h. sie können nicht verändert werden.
- Wesensgehaltsgarantie gilt für die Grundrechte (Artikel **1 bis 20 GG**), d.h. sie dürfen in ihrem Kern nicht verändert, doch aber angepasst werden (= **Art. 19, Abs. 2 GG**)
- Unterscheidung der Grundrechte in Menschenrechte (z.B. „alle Menschen“ Art. 3) und Bürgerrechte („jeder Deutsche“ Art. 8)
- Artikel 1 Menschenwürde ist absolut; jeder Mensch hat sie aufgrund seines Menschseins
- Artikel 20 umfasst die Strukturprinzipien (Demokratie, Rechtsstaatsprinzip, Bundesstaatsprinzip / Föderalismus, Sozialstaatsprinzip), das Wahlrecht, die Gewaltenteilung, das Recht auf Widerstand

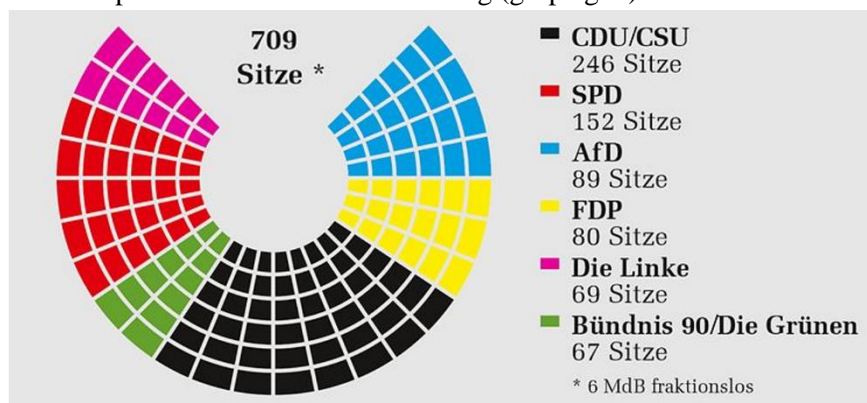
Mitwirkungsmöglichkeiten

= Parteien, Wahlen, Medien, Verbände, Volksbegehren /-entscheide, Bürgerinitiativen, etc.

1. Parteien

- Def.: **langfristig** angelegte, organisierte **Zusammenschlüsse** von Bürgern (natürliche Personen) mit gemeinsamen politischen Vorstellungen (Partei**programmen**) mit dem Ziel, Interessen im Parlament durchzusetzen.

Parteienspektrum nach der Sitzverteilung (gespiegelt) im 19. Deutschen Bundestag (Stand: Januar 2020)



- Voraussetzung: Sie müssen nach Art. 21 GG **demokratisch** aufgebaut sein, ihre Ziele dürfen nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) verstoßen, sonst können sie auf Antrag von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht – und nur von diesem – verboten werden (**Parteienverbot/Parteienprivileg**).

2. Wahlen

Art. 38 Abs. 1 GG: Wahlen in der BRD müssen fünf **Wahlrechtsgrundsätze** erfüllen:

- allgemein** (keine Gruppe ausgeschlossen),
- unmittelbar** (keine Zwischeninstanzen, wie z.B. Wahlmänner),
- frei** (kein Wahlzwang)
- gleich** (gleicher Zähl- und Erfolgswert; Stimmen zählen gleich) und
- geheim** (Wahlurne)

Funktionen:

- **Legitimierung** des politischen Systems und der Regierung/des Parlaments,
- **Kontrolle** der politischen Entscheidungsträger durch die Wähler,

- **Konkurrenz** (Auswahl zwischen verschiedenen politischen Führungsgruppen und Sachprogrammen),
- **Repräsentation/Integration** des Volkswillens.

Wahlssysteme



35 % 45% 20%

Mehrheitswahl (Personenwahl): Wahl eines Kandidaten im Wahlkreis.

Formen: Kandidat mit den meisten Stimmen erhält Mandat (relative Mehrheitswahl) oder derjenige, der mehr als 50% der Stimmen erhalten hat (absolute Mehrheitswahl)

Vorteile der Mehrheitswahl: Klare Mehrheiten, schnelle Regierungsbildung, enge Verbindung zum Wahlkreis.



nichts alles nichts

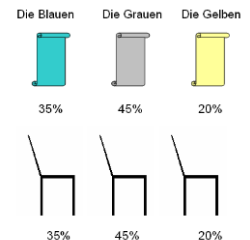
Nachteile: Papierkorbstimmen (z.B. Extremfall: Kandidat A: 34%, B: 33%, C33% => Kandidat A gewinnt, 66% der Stimmen verloren)

Verhältnisswahl (Parteien-/Listenwahl) Parteilisten mit Namen von Kandidaten. Stimmen, für eine Partei im Wahlgebiet werden

zusammengezählt. Berechnung/Vergabe der **Parlamentssitze** nach dem **Stimmenanteil** der Parteien

Vorteil der Verhältnisswahl: Keine Stimme geht verloren (z.B. Partei A: 35% der Stimmen => Partei A hat 35% der Sitze im BTag)

Nachteile: Stimmenzersplitterung. Koalitionsbildung machen Kompromisse nötig.



Bundestagswahl = personalisierte Verhältnisswahl

- Verhältnisswahl mit **Fünf-Prozent-Klausel**, verbunden mit Elementen der Mehrheitswahl durch Erststimme (=Wahl eines Wahlkreisabgeordneten).
- Das Bundesgebiet ist in 299 **Wahlkreise** eingeteilt. Jeder Wähler hat zwei Stimmen. **Entscheidend für die Anzahl der Mandate im Bundestag ist der Anteil der Zweitstimmen, die eine Partei erringt.** Mit der Erststimme wählt er – in relativer Mehrheitswahl – nur einen der Direktkandidaten im Wahlkreis (Direktmandat). Über die Landeslisten ziehen weitere 299 Abgeordnete in den Bundestag ein, bis die Zahl der Sitze nach dem Zweitstimmenanteil erreicht ist. Besonderheit:
- **Überhangmandate:** Hat eine Partei mehr Direktmandate errungen, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, so behält sie diese als Überhangmandate, da alle Wahlkreissieger auf jeden Fall in den BTag einziehen. Dies führt zu einer Verschiebung des Zweitstimmenergebnisses, was durch **Ausgleichsmandate** für die anderen Parteien ausgeglichen wird (seit BTagsWahl 2013).

Oberste Bundesorgane:

1. Bundestag (Parlament der BRD; gewählt für 4 Jahre)

- 598 Abgeordnete plus Überhang- und Ausgleichsmandate (s.o.)
- Abgeordnete sind bei der Entscheidung nur ihrem Gewissen unterworfen (freies Mandat), um die Funktionsfähigkeit des BT zu gewährleisten, übernehmen sie aber oft den Standpunkt der Fraktion (Fraktionsdisziplin)

Fraktion: Vereinigung von Abgeordneten einer Partei (z.B. SPD) bzw. von Parteien, die gleichgerichtete politische Ziele verfolgen (CDU/ CSU-Fraktion)

Koalition: Zusammenschluss von Parteien mit dem Ziel, die Parlamentsmehrheit zu erreichen und die Regierung zu stellen, z.B. „Schwarz-gelbe Koalition“, „Große Koalition“, „Jamaika“

Opposition: Fraktionen, die nicht zur Regierung(skoalition) gehören

Hauptaufgaben

1. **Wahlfunktion:** Wahl des Bundeskanzlers (durch Koalitionsfraktionen)

2. **Gesetzgebungsfunktion:** Beratung von Gesetzen in Ausschüssen; Beschluss im Plenum
3. **Kontrollfunktion:** Hauptinstrumente der Oppositionsfraktionen: Kontrolle durch Kritik
4. **Artikulationsfunktion:** aktuelle politische Probleme artikulieren und diskutieren
5. **Willensbildungsfunktion:** Mitwirkung an Bildung der öffentlichen Meinung durch Debatten
6. **Repräsentationsfunktion:** Vertretung der Interessen der Bevölkerung

2. Bundesrat

- Vertretung der deutschen Bundesländer beim Bund
- Mitglieder sind Angehörige der 16 Landesregierungen (3-6 Stimmen nach Einwohnerzahl)

Funktionen:

- Recht zur Gesetzesinitiative
- Beteiligung an Gesetzgebung des Bundes: Einspruch bzw. Zustimmung

Einspruchsgesetze / einfache Gesetze: Zurückweisung des Einspruches des BRats durch BTag möglich	Zustimmungsgesetze: Zustimmung des BRats erforderlich (Blockade von Gesetzen durch BRat möglich), z.B. bei Änderungen der Verfassung (GG)
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

3. Bundesregierung

- BReg. besteht aus **Bundeskanzler**/in und den **Bundesminister**/innen (Art. 62 GG)
- Wahl des BKanzlers mit absoluter Mehrheit (50+x %) vom BTag auf Vorschlag des BPräs. (=Formalie)
- Recht zu Gesetzesinitiative (die meisten Entwürfe stammen von der Bundesregierung)
- setzt so selbständig politische Ziele (Parteiprogramme, Koalitionsvereinbarungen) um

Verteilung der Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung (Art. 65 GG):

- *Kanzlerprinzip: Richtlinienkompetenz* (Festlegung der großen Richtungen der Politik) des Kanzlers/in
- *Ressortprinzip* der Fachminister (fachliche und politische Verantwortung der Minister für ihren Bereich, z.B. Gesundheit, Finanzen usw.)
- *Kabinettsprinzip* bei Meinungsverschiedenheiten (Kabinetts entscheidet gemeinsam)

Artikel 67 GG (Konstruktives Misstrauensvotum)

(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt.

Überblick über konstruktive Misstrauensvoten auf der Bundesebene in Deutschland							
Datum	Herausforderer (Partei)	Bundeskanzler (Partei)	Ja	Nein	Enthaltung	abwesend / ungültig	Votum erfolgreich?
27. April 1972	Rainer Barzel (CDU)	Willy Brandt (SPD)	247	10	3	236	nein
1. Oktober 1982	Helmut Kohl (CDU)	Helmut Schmidt (SPD)	256	235	4	2	ja

Artikel 68 GG

(Vertrauensfrage):

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen

auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen.

- Vertrauensfrage als Instrument der Regierung zur **Disziplinierung** des Parlaments
 - 1982: Helmut Schmidt stellt V. wegen Spannungen in der SPD/FDP-Koalition bzgl. Sozialpolitik und NATO-Doppelbeschluss
 - 2001: Gerhard Schröder stellt V. wegen fehlender Unterstützung von SPD und Grünen-Abgeordneten bzgl. Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr

- Vertrauensfrage als Möglichkeit, den Bundestag aufzulösen, wenn Vertrauen entzogen = Bewusstes Herbeiführen einer Niederlage „**unechte Vertrauensfrage**“
 - 1972: Willy Brandt stellt Vertrauensfrage, da er weiß, dass seine Ostpolitik bei der Bevölkerung große Unterstützung hat => deutlicher Wahlsieg bei der darauffolgenden BT-Wahl
 - 1982: Helmut Kohl stellt Vertrauensfrage, weil er nach dem konstruktiven Misstrauensvotum, durch das er im Amt war, eine offizielle BT-Wahl will
 - 2005: Gerhard Schröder stellt Vertrauensfrage, weil die rot-grünen Koalitionen in den Ländern Verluste einführen und er eine positive Antwort des Volkes in der BT-Wahl erhoffte













							
K. Adenauer 1949 - 1963 CDU	Ludwig Erhard 1963 - 1966 CDU	K. G. Kiesinger 1966 - 1969 CDU	Willy Brandt 1969 - 1974 SPD	H. Schmidt 1974 - 1982 SPD	Helmut Kohl 1982 - 1998 CDU	G. Schröder 1998 - 2005 SPD	Angela Merkel seit 2005 CDU

4. Bundespräsident

- Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland
- von der **Bundesversammlung** (Abgeordnete des Bundestages und gleich große Anzahl von Mitgliedern, die von den Parlamenten der Bundesländer bestimmt werden) auf fünf Jahre gewählt – kann nur einmal wiedergewählt werden

Aufgaben – „Staatsnotar“?

- formales Vorschlagsrecht für Wahl des Bundeskanzlers (bei Bundestagswahl bereits Kanzlerkandidaten klar!)
- formale Ernennung der Minister
- Ausfertigung (also i.d.R. Unterschrift) von Gesetzen
- Begnadigungsrecht

										
Theodor Heuss, 1949-1959	Heinrich Lübke, 1959-1969	Gustav W. Heinemann 1969-1974	Walter Scheel, 1974-1979	Karl Carstens, 1979-1984	Richard von Weizsäcker, 1984-1994	Roman Herzog, 1994-1999	Johannes Rau, 1999-2004	Horst Köhler, 2004-2010	Christian Wulff, 2010-2012	Joachim Gauck, 2012 - 2017
										
Frank-Walter Steinmeier 2017-										

5. Bundesverfassungsgericht (Abk.: BVerfG):

- höchstes deutsches Gericht mit Sitz in Karlsruhe: „Hüter des Grundgesetzes“
- 16 Richter in 2 Kammern – Wahl durch BTag und BRat auf 12 Jahre mit 2/3 Mehrheit
- Entscheidungen u.a. über:
 - Normenkontrolle (Vereinbarkeit von Gesetzen mit der Verfassung),
 - Verfassungsbeschwerden von Bürgern wegen Verletzung von Grundrechten,
 - Parteiverbote (hier: 2/3- Mehrheit),
 - Kompetenzen oberster Bundesorgane